

Bernhard Pfitzner

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, Internationales hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung.....	2
Dokumente.....	3
Satzung.....	3
Grundsatzprogramm (1996).....	4
22. Bundeskongress (8.-12.5.2022)	6
Grundsatzrede Yasmin Fahimi (Auszüge).....	6
Beschlüsse zu Sachgebiet D: Soziales Europa und faire Globalisierung.....	11
Beschlüsse zu den Initiativanträgen.....	19
DGB-Bundesvorstand.....	23
Erklärung zum Antikriegstag am 1. September 2025.....	23
Links	26
DGB und 22. Kongress allgemein.....	26
Beschlüsse des 22. Ordentlichen Bundeskongresses.....	26

Vorbemerkung

Im Laufe der vergangenen Jahre habe ich mich bemüht, für mich selbst und dann auch für interessierte Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftliche Beschlüsse zu Krieg, Frieden, (Ab-)Rüstung und damit zusammenhängenden Themen zusammenzustellen.

Analog zur hier vorgelegten Zusammenstellung von Dokumenten des Deutschen Gewerkschaftsbundes existieren:

- **Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung**
hier: Internationaler Gewerkschaftsbund
(Stand: 4.7.25, 25 S.)
<https://storage.e.jimdo.com/file/84fab548-9bcb-437d-a1ae-add1afb40b95/gewDoks-K-F-IGB.pdf>

und

- **Ver.di-Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung**
(Stand: 5.10.23, 23 S.)
<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/10/verdi-krieg-Pfitzner2.pdf>

(Bei anderen Einzelgewerkschaften fehlt mir leider der Überblick 😞).

Speziell zum 22. DGB-Bundeskongress:

- **Materialien zum 22. DGB-Bundeskongress (8.-12.5.2022)**
Themen: Internationales / insbes. Ukraine
(Stand: 24.5.22, 26 S.)
<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2022/05/dgb-Pfitzner240522.pdf>

Außerdem verweise ich auf eine Zusammenstellung der Friedenskommission und Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstand der DKP

- **Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse**
(Stand: Juli 2025, 28 S.)
<https://www.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2025/07/Friedenspolitische-Gewerkschaftsbeschluesse.pdf>

die sich in der Auswahl der Dokumente von meinen Zusammenstellungen unterscheidet, aber vielleicht gerade deshalb als Ergänzung gut geeignet ist.

Die Links in der vorliegenden Zusammenstellung habe ich heute noch einmal überprüft und wo erforderlich aktualisiert.

Für Hinweise und Anregungen bin ich dankbar (bitte an: bernhard.pfitzner@web.de).

Hannover, 1.8.25
Bernhard Pfitzner

Dokumente

Satzung

Stand: März 2025

Quelle:

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Satzung_des_Deutschen_Gewerkschaftsbundes- Stand Mai 2022.pdf

§ 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes

...

2. Ziele

Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften

- ...
- treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.

...

Grundsatzprogramm (1996)

Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß am 13.-16. November 1996 in Dresden

Quelle:

[https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbunds -DGB-.pdf](https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Grundsatzprogramm_des_Deutschen_Gewerkschaftsbunds_-DGB-.pdf)

Unsere Zukunft – Aufforderung zur Mitarbeit

...

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist ihrer Tradition und Geschichte verpflichtet: Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit jeher unser Handeln. Sie sind auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die entscheidende Grundlage, den Frieden in Europa wie weltweit zu sichern und soziale Interessengegensätze und Konflikte ausgleichen zu können. Gewerkschaften bleiben auch in Zukunft interessenbezogene Kampforganisationen und gesellschaftliche Reformbewegung. Sie müssen für eine andere Zukunft, für gesellschaftliche Alternativen, für die Überwindung sozial ungerechter und ökologisch unerträglicher Verhältnisse kämpfen. Sie müssen Widerstand und Gegenmacht ebenso entwickeln wie vorwärtsweisende Initiativen und zukunftsfähige Konzepte, um Freiheit und Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit durchzusetzen.

...

Mit dem Ende einer in Ost und West gespaltenen Weltordnung sind nicht nur neue Märkte und Konkurrenten um Arbeitsplätze entstanden, sondern auch Chancen einer friedlichen Entwicklung, der Völkerverständigung und des kulturellen Austausches eröffnet worden. Gleichzeitig bietet die globale Integration neue Chancen einer erweiterten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit des sozialen Ausgleichs, der politischen Gestaltung und ökologischen Erneuerung.

...

IV. Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft

...

2. Menschenrechte, Frieden und Abrüstung

...

200 Millionen Kinder arbeiten weltweit als billige Arbeitskräfte, Millionen Menschen werden als Zwangsarbeiter ausgebeutet, Gewerkschaftsrechte werden vielerorts mit Füßen getreten, etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, 700 bis 800 Millionen Menschen sind weltweit ohne Arbeit. Frauen, ethnische Minderheiten und politisch Andersdenkende werden in ihren Menschenrechten oft eklatant verletzt. Die Gewerkschaftsbewegung setzt sich dafür ein, daß die Menschenrechte universelle Geltung gewinnen. Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden.

Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

Die Gewerkschaften treten daher für die demokratische Reform und politische Stärkung der Vereinten Nationen als wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Interessenausgleich orientierten internationalen Entwicklung ein.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auflösung von Warschauer Vertrag und Sowjetunion haben der Blockkonfrontation den Boden entzogen. Die Auflösung der bipolaren Struktur hat neue, historisch einmalige Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung eröffnet. Diese optimal zu nutzen, ist Aufgabe der Politik. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.

Wichtigstes Ziel muß sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht. Dies geht über die Reduktion von Waffen und Streitkräften hinaus. Diese gemeinsame Sicherheit ist geeignet, den europäischen Nationen eine friedliche Zukunft zu sichern und den Völkern Osteuropas die begründete Aussicht auf bessere Lebensumstände zu eröffnen.

...

V. Die Zukunft der Gewerkschaften

...

4. Die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Europa

Gerade nach dem Ende des 2. Weltkrieges waren deutsche Gewerkschafter akzeptierte Repräsentanten in Europa, die sich für Frieden, Zusammenarbeit, Verständigung und Aussöhnung über die Grenzen hinweg für ein gemeinsames Europa engagierten mit dem Ziel, nationales Denken zu überwinden. Gewerkschaften haben als große Friedensbewegung eine besondere Verantwortung, für die europäische Idee einzutreten.

...

Es gehört zu unserer Tradition und zu unserer Verantwortung, daß wir uns über Grenzen hinweg für Frieden, Zusammenarbeit, Verständigung und Aussöhnung engagieren. Unsere feste Überzeugung ist: Wer sich den unterschiedlichen Traditionen und Kulturen Europas öffnet, wird reicher und nicht ärmer. Wir betrachten Europa als einen Fortschritt auf dem Weg zu einer friedvollen Welt.

22. Bundeskongress (8.-12.5.2022)

Quelle: <https://bundeskongress.dgb.de/>

Beschlüsse: <https://bundeskongress.dgb.de/antraege>

Grundsatzrede Yasmin Fahimi (Auszüge)

(Ich beziehe mich hier auf das schriftlich verbreitete Redemanuskript:

<https://bundeskongress.dgb.de/++co++c08e3f62-dff5-11ec-9e07-001a4a160123>

Wer will, kann das mit dem natürlich letztendlich geltenden „gesprochenen Wort“ hier abgleichen:

<https://bundeskongress.dgb.de/++co++1c448cc4-cf90-11ec-b8e3-001a4a160123>)

„...“

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor großen Aufgaben:

...

Diese Auflistung ließe sich ohne Weiteres fortschreiben. Und das alles unter den Bedingungen der sozial-ökologischen Transformation. Und während sich gleichzeitig neue Fragen von Krieg und Frieden stellen. Die Wucht dieser Themen erschlägt so manche. Umso entscheidender ist es nun, unsere Kräfte im DGB zu bündeln. Und zu tun, was notwendig ist, mit Geschlossenheit, Selbstbewusstsein und Zuversicht. Wir können gemeinsam ungeheuer viel bewegen.

...

Kein Zweifel: Wir wollen und werden mit Nachdruck daran arbeiten müssen, dass ein weiterer Klimawandel katastrophalen Ausmaßes abgewendet wird. Wir stehen hinter dem Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zeit ist vorbei, in der man sich angeblich für Klimaschutz oder für Arbeitsplatzsicherung entscheiden musste. Heute ist eine andere Frage unbeantwortet: Schaffen wir einen Wandel, der für alle – auch die Schwächsten im Land – Vorteile bringt? Ein Wandel, der nur ökologischen oder nur ökonomischen Maximen folgt und den lästigen sozialen Reparaturbetrieb uns oder den Sozialkassen überstülpt, ist keine verantwortliche Gestaltung der Zukunft. Diese Rollenverteilung machen wir nicht mit.

...

Unser Wirtschaftsstandort lebt von eng vernetzten Wertschöpfungsketten, von guten Fachkräften und eben auch von einer sicheren Energieversorgung – weit über die energieintensiven Branchen hinaus. Wir haben jetzt schon erhebliche, täglich spürbare Schwierigkeiten wegen der aktuellen Engpässe in den Lieferketten. Aber ohne sichere Energieversorgung würden die Wertschöpfungsketten an unserem hoch effizienten Standort sehr schnell in die Knie gehen. Und viele wären unwiderruflich verloren!

Wenn morgen die chemische Industrie stillsteht, gibt es weder für die pharmazeutische Industrie noch für die Landwirtschaft Ammoniak. Es gibt keine Fläschchen für den Corona-Impfstoff, keine High-Tech-Kunststoffe und Lacke für Windkraftträder, keine Batterien für Elektroautos und keine Dämmstoffe für die energetische Gebäudesanierung.

Ein ersatzloser Stopp der russischen Gaslieferungen hätte außerdem massive Auswirkungen auf die Nahrungsmittelherstellung. Die Ernährungsindustrie ist nach der chemischen Industrie der zweitgrößte industrielle Gasverbraucher in Deutschland. Gleiches gilt für Produkti-

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

onseinbrüche in der Zement- oder Glasindustrie. Das Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, können wir dann schlichtweg vergessen.

...

Wir wollen einen Gesamtentwurf für eine gelungene Transformation.

Dazu brauchen wir mehr Gemeinwohlorientierung und eine funktionierende Daseinsvorsorge für die grundlegenden Versorgungsansprüche des täglichen Lebens. Und das gilt erst recht, wenn Leistungen aus unseren Beiträgen zur Sozialversicherung finanziert werden. Der Transformationsalltag sieht leider viel zu oft anders aus.

Ein Beispiel dazu aus dem Gesundheitswesen: Im Zeichen der Globalisierung drängen immer mehr Private-Equity-Gesellschaften auf den deutschen Gesundheitsmarkt. Sie verdrängen gute, tarifgesicherte Arbeitsplätze in den öffentlichen Krankenhäusern und machen in ihrer Gier auch vor Arztpraxen nicht Halt. So entsteht eine neue Un-Kultur der Gesundheitsversorgung: Maximal hohe Rendite statt maximal guter Versorgung von Menschen.

...

Lippenbekenntnisse zur Sozialpartnerschaft reichen uns nicht!

- Wir fordern echte Parität in allen Aufsichtsräten ab 1.000 Beschäftigten.
- Und es muss Schluss sein mit der Mitbestimmungsflucht innerhalb Europas!

...

Bei allen Entscheidungen von strategischer Tragweite muss ein Schlichtungsverfahren erzwingbar sein, wenn die Kapitalbank nicht anders zur Vernunft kommt. Wir brauchen eine umfassende Modernisierung und Entstaubung der Unternehmensmitbestimmung auf allen Ebenen. Und das schließt ausdrücklich eine Reform der europäischen Aktiengesellschaften mit ein! Es war doch nie Ziel der europäischen Richtlinie, Schlupflöcher zu schaffen. Es war und ist das erklärte Ziel, die nationalen Mitbestimmungsrechte zu schützen.

...

Die Flucht vor der Mitbestimmung in europäische Aktiengesellschaften muss gestoppt werden! Das werden wir in Brüssel und in Berlin mit aller Vehemenz einfordern. Europa braucht mehr Mut, Macher und Mitbestimmung!

...

Wir werden sehr genau darauf achten, dass unter die Tariftreue auch Sub-Sub-Sub-Unternehmer fallen. Tarifbindung ist aber auch ein europäischer Auftrag. Wir fordern eine neue Richtlinie der EU-Kommission. Sie muss alle Mitgliedsländer zu einem Nationalen Aktionsplan verpflichten, wenn die jeweilige Tarifbindung der Beschäftigten unter 80 Prozent fällt. Dann muss aktiv gegengesteuert werden von den jeweiligen Regierungen. Weil das keine Petitesse ist, sondern ein Grundpfeiler des sozialen und demokratischen Selbstverständnisses der Europäischen Union. Zusammen mit dem europäischen Mindestlohn wäre das ein zentrales Signal der sozialen Vertiefung der Europäischen Union. Und ein Signal, dass wir die Transformation in Europa auch als soziales Fortschrittsprojekt verstehen und behandeln.

...

Und vor dem Hintergrund der historischen Herausforderungen wäre auch zusätzlich eine Sondervermögensabgabe, im Zweifel in Form eines mehrjährigen Lastenausgleichs angemessen. Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit für mehr Verteilungsgerechtigkeit?! Wieviel mehr historische Momente als die Pandemie und den Ukraine-Krieg brauchen wir, um endlich eine solche Maßnahme zu begründen?!

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

Und die Vermögenden würden eine neue Steuer kaum spüren. Bei einem Steuersatz von 1 Prozent ab einer Millionen Euro. Bei einem Steuersatz von 2 Prozent ab einer Milliarde Euro. Das brächte den Ländern pro Jahr rund 28 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen. Geld, das wir dringend brauchen, um den Investitionsstau der vergangen 20 Jahre endlich zu beheben. Trotzdem predigt Finanzminister Christian Lindner immer noch seine zwei Gebote der Haushaltspolitik: Schuldenbremse und Schwarze-Null. Die Schuldenbremse bremst, ja richtig. Und zurzeit nur unsere Zukunftsperspektiven!

Also weg damit! Richtig gefährlich wird es, wenn Inflation und fehlendes Wachstum zusammentreffen! Dann sind wir mitten in der Deflation. Und dann wird unsere Wirtschaftskraft an die Wand gefahren. Deswegen muss jetzt investiert werden. Und wir lassen uns auch nicht den Unsinn einer Lohn-Preis-Spirale wegen der grassierenden Inflation aufquatschen, Kolleginnen und Kollegen! Die Inflation gibt es ist nicht wegen der Lohnentwicklung in Deutschland. Diese Inflation ist Ergebnis unverschämter Spekulationen, Wetten auf den Finanzmärkten, wie bspw. beim Öl. Und sie ist Ergebnis gestörter Lieferketten und verknappter Rohstoffe.

...

Kolleginnen und Kollegen, es gibt so viele große Aufgaben, die sich der weltweiten Staatengemeinschaft stellen.

- Von der Pandemie und der Gesundheitsversorgung
- über die Bekämpfung von Armut und Hunger
- bis zu den existenziellen Fragen des Klimawandels.

Doch nichts ist dringlicher als die Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Man möchte schreien – man möchte heulen angesichts der Zerstörung, der Zerschlagung unserer Friedensordnung und angesichts der vielen, der viel zu vielen Toten.

Auch von hier rufen wir Putin daher zu: „Im Namen der Menschlichkeit: beenden Sie diesen Krieg! Kommen sie an den Verhandlungstisch und lassen die Waffen ruhen!“

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschlichkeit. Aber diese systematischen Kriegsverbrechen stehen für vollkommen enthemmte Grausamkeit. Sie zerstören die letzten Grenzen von Moral, Recht und Zivilisation. Die Schuldigen müssen wissen, dass sie niemals sicher sein können, mit ihren Untaten ungeschoren davonkommen zu können. Sie gehören angeklagt vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Wir bekennen uns zu einem vereinten, demokratischen Europa und engagieren uns für eine kontrollierte Abrüstung weltweit. Das bleibt für uns unverhandelbar. Noch nie gab es in der Welt so viele Waffen wie heute. Und noch nie wurde so viel Geld für Waffen ausgegeben. Selbst im Kalten Krieg war die Zahl nuklearer Raketen geringer. Der Krieg in der Ukraine darf uns nicht verführen zu glauben, man könne Frieden mit Waffen schaffen.

Was stattdessen notwendig wäre, liegt auf der Hand:

1. Abkommen zur gegenseitigen Rüstungskontrolle in allen Regionen der Welt,
2. eine neue internationale Initiative zur nuklearen Abrüstung weltweit,
3. eine neue Qualität von Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit schließt faire regelbasierte Handelsabkommen mit ein.

Nur Demokratie, soziale Sicherheit und Menschenrechte schaffen Aggressionen aus der Welt und entziehen Despoten die Grundlage für ihre Allmachtsphantasien.

Aber wenn wir in diesen schweren Stunden für die Ukraine ehrlich mit uns selbst sind, dann müssen wir eingestehen, dass diese Zeit neue Antworten braucht. Dass wir miteinander eine

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

neue Debatte über Frieden, Verteidigung und Rüstungskontrolle führen müssen. Niemand kann heute abschließend beantworten, was genau getan werden muss, um den Frieden in Europa wieder dauerhaft zu sichern. Sicher ist aber, dass wir dafür mehr denn je ein vereintes Europa brauchen. Zweifelsfrei hat die Ukraine jedes Recht auf Selbstverteidigung. Für mich ist es deswegen auch richtig, sie mit Waffenlieferungen zu unterstützen.

Und ich bin froh, dass Deutschland Mitglied eines Sicherheitsbündnisses ist, das uns Schutz gewährt und in dem wir Schutz anbieten können. Ebenso bin ich mir sicher, dass wir unsere Soldatinnen und Soldaten nicht vor Aufgaben stellen dürfen, für die sie nicht ausgerüstet sind. Aber wieviel Ausrüstung und welche Ausrüstung ist notwendig? Wann beginnt eine unkontrollierte Aufrüstung? Dies sind keine quantitativen, sondern qualitative Fragen. Wir müssen sie mit allen darin steckenden Widersprüchen diskutieren. Und wir bleiben ein tragender Teil der Friedensbewegung.

Daher möchte ich in den nächsten Monaten eine Debatte im DGB führen – mit euch, mit unseren Mitgliedern und den Beschäftigten, mit Experten der Friedensbewegung und internationalen Politik. Eine Debatte zu den schwierigen Abwägungsprozessen, vor denen wir alle in Deutschland stehen. Wir haben Respekt vor den Entscheidungen, die die Politik und die Bundesregierung in diesen Tagen zu treffen haben. Aber wir teilen nicht alles, was derzeit auf den Weg gebracht wird.

In unserem leistungsstarken Land für alle kommenden Generationen ein 2-Prozent-Ziel für Verteidigung festzulegen, halte ich für willkürlich und grundfalsch. Die Notwendigkeit einer angemessenen Ausstattung der Bundeswehr darf nicht zum Freifahrtschein für Militärausgaben werden.

Die Bundesregierung bleibt bisher die konkrete Antwort schuldig, wie genau das Sondervermögen genutzt werden soll. Und vor allem, wie die 100 Milliarden aufgebracht werden sollen, von denen die Rede ist. Durch Schulden ja - aber wer kommt zukünftig dafür auf?

Für uns Gewerkschaften ist klar: Diese Kosten dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden! Unsere Leute tragen schon genug Lasten. Die Bundesregierung muss Wort halten. Zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Friedenssicherung dürfen nicht zulasten der dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation gehen. Und sie dürfen auch nicht zulasten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und unser Respekt und unsere Solidarität gehören auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig gegen diesen Krieg stellen und damit wesentlich Verfolgung und Repression in Kauf nehmen. In Belarus tobt aktuell eine schreckliche Verhaftungswelle gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir fordern die Regierung in Belarus auf, alle unsere Kolleginnen und Kollegen sofort freizulassen und die Zerschlagung der Gewerkschaften zu beenden!

Denn wer weiß besser als wir: Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine freie Gesellschaft! Wie können es diese Despoten wagen, sich zum Fürsprecher der arbeitenden Bevölkerung zu machen?! Herr Lukaschenko – auch ihre Verbrechen gehören vor dem internationalen Gerichtshof angeklagt.

In Stunden der Not zeigt sich die Stärke der Solidarität immer wieder von neuem. Ich bin tief bewegt und dankbar für all die Hilfe, die unsere Mitglieder, die viele von euch den Menschen aus der Ukraine geleistet haben. Wo möglich vor Ort, aber auch hier bei uns. Wir haben Hilfskonvois organisiert, Spenden gesammelt und die Türen unserer Schulen geöffnet. Und das sind nur ganz wenige von so vielen Beispielen. Dafür ein herzliches Danke!

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

Wir leben in Zeiten, in denen man sich als einzelne Person schon verloren fühlen kann.

- Krieg, Klimawandel, politischer Extremismus.
- Dazu Leistungsdruck und immer neue Herausforderungen am Arbeitsplatz.

...“

Beschlüsse zu Sachgebiet D: Soziales Europa und faire Globalisierung

Gliederung der Beschlüsse

D001: Solidarisch zusammenstehen: Für ein soziales Europa als Motor für eine faire Globalisierung

- Gliederung s.u.

D002: Soziale Rechte in Europa stärken

- Soziale Rechte stärken
- Gewerkschaften, Tarifverträge, Tarifbindung und den sozialen Dialog stärken
- Mindestlöhne für faire Arbeits- und Lebensbedingungen
- Arbeitslosenrückversicherung und EU-Mindeststandards für Arbeitslosenversicherungen
- Beschäftigungssicherung
- Beschäftigungsförderung verstetigen
- Grundsicherungssysteme verbessern
- Europa der Gesundheit entwickeln
- Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen sichern und erweitern
- Plattformarbeit europäisch regulieren
- Soloselbstständige besser schützen
- Faire Mobilität gewährleisten
- Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit im europäischen Arbeitsmarkt verbessern
- Berufliche Bildung im Dialog mit den Sozialpartnern modernisieren
- EU muss zum Motor der Gleichstellung und Antidiskriminierung werden
- Zukunftschancen für die Jugend: Gute Jobs statt „verlorene Generation“

D003: Für ein Europa der Zukunft – sozial, demokratisch

- Zusammenhalt in Europa und in den Grenzräumen stärken
- Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Europa und in den Grenzräumen durchsetzen
- Gemeinsamen Arbeitsmarkt in Europa und in den Grenzräumen fair gestalten
- Gewerkschaftliche Grundwerte in Europa und in den Grenzräumen verteidigen

D004: Globalisierung menschenwürdig und fair gestalten

- Gliederung s.u.

Beschluss Antrag D001: Solidarisch zusammenstehen: Für ein soziales Europa als Motor für eine faire Globalisierung (Gliederung und Auszug)

Quelle:

<https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++135c0f78-d1e4-11ec-96dd-001a4a160123>

Gliederung

- Demokratie in Europa stärken, Rechtsstaatlichkeit sichern
- Sozial-ökologische Transformation gestalten
- Digitale Transformation durch Regulierung gestalten
- Eine europäische Wirtschafts- und Finanzmarktordnung für die Zukunft aufbauen
- Finanzmarktregulierung
- Steuerpolitik
- Soziale Rechte stärken und Arbeit der Zukunft gestalten
- Streikrecht sichern
- Umsetzung der Säule sozialer Rechte
- Ein solidarisches Asylsystem entwickeln
- Europas Verantwortung in der Welt

Auszug

„...“

Umsetzung der Säule sozialer Rechte

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission sowie der Europäische Rat proklamierten 2017 auf dem EU-Sozialgipfel in Göteborg die Europäische Säule sozialer Rechte. Diese besteht aus 20 ausformulierten sozial- und beschäftigungspolitischen Grundsätzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßten damals die Proklamation der Säule sozialer Rechte als einen wichtigen Schritt. Sie wurde jedoch zugleich als unverbindlich kritisiert. Im Frühjahr 2021 veröffentlichte nun die EU-Kommission einen Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen auch den Aktionsplan als einen Schritt in die richtige Richtung und fordern einen neuen „Social Deal“.

Um ein soziales Europa zu verwirklichen, müssen Tarifverträge, Tarifbindung und sozialer Dialog wie die betriebliche und die Unternehmens-Mitbestimmung auf allen Ebenen in der Europäischen Union gestärkt werden. Plattformarbeit als neu organisierte Form der Dienstleistungsarbeit braucht einen gesetzlichen Gestaltungsrahmen in der Europäischen Union. Soloselbstständige brauchen einen gesetzlichen Mindestschutz bei Arbeitsbedingungen und sozialer Absicherung wie das Recht auf Kollektivverhandlungen. Mobile Beschäftigte, die grenzüberschreitend arbeiten, dürfen nicht ausgebeutet werden. Der Schutz mobiler Beschäftigter muss im Binnenmarkt gewährleistet und grenzüberschreitende Mobilität für die Beschäftigten nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort“ mit vollem Sozialversicherungsschutz durchgesetzt werden. Die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU müssen verbessert werden, insbesondere durch die Etablierung von Mindeststandards und verbesserte Kontrollmechanismen in der Jugendgarantie, da junge Menschen nicht Leidtragende der Krise sein dürfen. Nicht zuletzt muss sich die Europäische Union weiterhin als Motor der Geschlechtergerechtigkeit verstehen.

Wir fordern ein krisenfestes Europa durch ein verstetigtes EU-Kurzarbeitsinstrument, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, soziale Aufwärtskonvergenz durch eine EU-Rahmenrichtlinie zu Mindeststandards in der Grundsicherung, gemeinsame Mindeststan-

dards für die Arbeitslosenversicherung sowie eine EU-Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne. Wir brauchen eine krisenfeste Gesundheitsunion mit einer rechtzeitigen, hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung.

Ein solidarisches Asylsystem entwickeln

Ein global gerechtes Europa sorgt auch für faire Regeln bei Asyl und Migration. Die Europäischen Institutionen stehen vor einer gewaltigen Herausforderung. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention unantastbar bleiben müssen. Deutschland muss sein politisches Gewicht einsetzen, um ein EU-weites solidarisches Asylsystem zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten zu entwickeln, das gemeinschaftlich finanziert wird. Staaten, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, sind zu sanktionieren. Die Mitgliedsstaaten, die besondere Lasten tragen, müssen unterstützt werden. Dazu gehört auch, sichere und legale Möglichkeiten zu schaffen, in der EU einen Antrag auf Schutzgewährung zu stellen. Seenotrettung muss als staatliche Aufgabe auf europäischer Ebene verankert werden. Des Weiteren zeigen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mit der zivilen Seenotrettung solidarisch. Alle Schiffe, die im Mittelmeer unterwegs sind, sind nach internationalem Seerecht zur Seenotrettung verpflichtet. Das heißt, sie müssen Schutzbedürftige in Seenot aufnehmen und an einen sicheren Ort bringen. Kein Schiff darf dabei behindert werden. Schiffe unter dem Kommando der EU und ihrer Mitgliedstaaten dürfen Schutzsuchende nicht in Drittstaaten, zum Beispiel Libyen, Marokko oder Tunesien, zurückbringen. Die Geretteten müssen in die EU gebracht werden, damit ihr Anspruch auf internationalen Schutz in einem fairen Verfahren geprüft werden kann. Pushbacks und ähnliche Maßnahmen lehnen wir ab. Geflüchtete und ihre Familienangehörigen müssen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention unter menschenwürdigen Bedingungen Schutz erhalten und von Beginn an einen umfassenden Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und Integrationsmaßnahmen bekommen. Insbesondere muss sowohl der Zugang von Kindern zu Bildung als auch der Zugang zu Spracherwerb und Integration europäisch einheitlich geregelt werden.

Die Europäische Union muss sich aktiv für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in den Herkunftsländern der Geflüchteten einsetzen. Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz und zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung müssen von Europa umfassend unterstützt werden. Will man ernsthaft Fluchtursachen auf europäischer Ebene begegnen, braucht es ein langfristiges Engagement der EU mit stärkerem Fokus auf die Organisationen und sozialen Strukturen, die Frieden und Wohlstand sichern sowie für gute Arbeits- und Lebensbedingungen eintreten: Gewerkschaften.

...“

Beschluss Antrag D004: Globalisierung menschenwürdig und fair gestalten (Gliederung und Auszug)

Quelle:

<https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++2729b190-d1e4-11ec-985f-001a4a160123>

Gliederung

- Eine nachhaltige und faire globale Krisenbewältigung vorantreiben: Sozialschutz für alle
- Investitionen in die Zukunft – eine nachhaltige und gerechte Pandemiebekämpfung vorantreiben
- Nachhaltige globale Lieferketten gestalten
- Die Situation von Arbeitsmigrant*innen in Deutschland verbessern
- Stärkung der ILO und ihrer internationalen Arbeits- und Sozialstandards
- Ein neuer Gewerkschaftsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Für einen gerechten Welthandel und eine faire internationale Regulierung
- Für eine europäische Antwort auf neue geopolitische Herausforderungen
- Stärkung von Gewerkschaftspositionen im System der Global Governance

Auszug

„...“

Nachhaltige globale Lieferketten gestalten

Mit der Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland entziehen sich global agierende Unternehmen in Deutschland und Europa zunehmend der Verantwortung für Arbeitnehmer*innen, Umwelt und Gesellschaft. Sie nutzen ihre Marktmacht, um Druck auf Zulieferer auszuüben, die diesen in Form von Hungerlöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen an ihre Arbeitnehmer*innen weitergeben.

Mit der Verabschiedung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) ist dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften ein großer Schritt hin zur globalen Achtung international anerkannter Menschen- und Umweltrechte gelungen. Ab 2023 sind große Unternehmen dazu verpflichtet, menschenrechtlichen Risiken entlang ihrer Wertschöpfungsketten zu identifizieren.

In einigen besonders risikobehafteten Branchen hat die Bundesregierung Dialogforen eingerichtet, wie in der Textil- und Automobilbranche. Weitere Branchendialoge sind in Vorbereitung. Zertifizierungssysteme wie PEFC und FSC für die Forst- und Holzwirtschaft haben zudem gezeigt, wie Nachhaltigkeit und die Einhaltung sozialer Standards gemeinsam mit Gewerkschaften weltweit gestaltet werden können. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich weiterhin aktiv an den bestehenden und möglichen weiteren Brancheninitiativen und Zertifizierungssystemen beteiligen, insofern sie die Probleme von Arbeitnehmer*innen entlang der Wertschöpfungsketten ambitioniert und zielführend angehen.

Es ist dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften gelungen, eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes anzustoßen, durch die Betriebsräte stärker in das menschenrechtliche Risikomanagement einbezogen und Fragen der unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Wirtschaftsausschuss des Unternehmens beraten werden. Dadurch eröffnen sich für Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter*innen in Aufsichtsräten neue Handlungsfelder. Der DGB wird diese Herausforderungen gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften angehen. Wir werden Betriebs- und Aufsichtsräte auf diese neuen Aufgaben vorbereiten und Informationszugänge zu menschenrechtlichen Risiken schaffen. Es gilt insbesondere, die ordnungsgemäße Etablierung eines Compliance- und Risikomanagementsystems

tems zu überwachen, eine geschlechtergerechte Umsetzung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflicht zu gewährleisten und die Netzwerke der globalen und europäischen Gewerkschaftsbewegung bestmöglich zu nutzen. Dabei muss die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten und Antidiskriminierungskonventionen und die Umsetzung der ILO-Übereinkommen Nr. 100, 111, 190 sowie der UN-Frauenrechtskonvention gewährleistet sein. Beim Erstellen von Risiko- und Folgeabschätzungen muss geschlechtersensibel vorgegangen werden. Die besonderen gesundheitlichen Herausforderungen für Frauen und Mädchen und deren besondere Risiken innerhalb des informellen Sektors und bei der Sorgearbeit müssen beachtet werden.

Das LkSG liefert auch in Bezug auf globale Rahmenabkommen neue Impulse. Insbesondere kann die Einrichtung unternehmensinterner Beschwerdeverfahren durch globale Rahmenabkommen wirkungsvoll unterstützt werden.

Die Umsetzung und Einhaltung des LkSG wird durch eine eigens eingerichtete Behörde kontrolliert, die an das Bundesamt für Außenwirtschaft und Ausfuhrkontrolle angegliedert sein wird. Der Aufbau dieser Behörde wird eng von den Gewerkschaften und dem DGB begleitet, um eine wirkungsvolle Berichtsprüfung und behördliche Kontrolle zu gewährleisten.

Eine der größten Schwächen des LkSG ist, dass für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen keine Möglichkeit einer zivilrechtlichen Klage nach deutschem Recht besteht. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich weiterhin für eine klare zivilrechtliche Haftungsregelung einsetzen, wie sie ansatzweise im Entwurf der Kommission für ein europäisches Lieferkettengesetz vorgesehen ist.

Das LkSG eröffnet den Gewerkschaften die Möglichkeit, Ansprüche einer/eines von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen im eigenen Namen geltend zu machen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden genau prüfen, inwieweit diese neue rechtliche Möglichkeit verantwortungsbewusst genutzt werden kann.

Auf UN-Ebene setzt sich der DGB gemeinsam mit dem IGB für ein bindendes UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten und ein neues Übereinkommen zu menschenwürdiger Arbeit entlang globaler Lieferketten der ILO ein. Auf europäischer Ebene werden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam mit dem EGB für eine weitergehende, starke europäische Lieferkettenrichtlinie mit möglichst weitreichendem Geltungsbereich und verbindlichen Mitwirkungsrechten von Betriebsräten und Gewerkschaften einsetzen. Zudem sollte diese Richtlinie die gesamte Wertschöpfungskette ohne Einschränkungen/Abstufungen umfassen sowie eine zivilrechtliche Haftung und einen erleichterten Zugang zu Rechtsmitteln gewährleisten.

Die fortschrittlichen Berichtspflichten des LkSG müssen auch zu einer Weiterentwicklung der Europäischen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung führen. Der von der Europäischen Kommission am 21. April 2021 vorgelegte Vorschlag für eine Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verbessert die bislang geltenden Vorgaben in mehrfacher Hinsicht. Positiv zu erwähnen sind insbesondere der deutlich erweiterte Anwendungsbereich der Berichtspflichten, die Pflicht zur Veröffentlichung im Lagebericht als dem zentralen Format der Berichterstattung zu finanziellen und nicht-finanziellen Risiken und die progressive Definition der „doppelten Wesentlichkeit“. An andere Stelle jedoch fällt der Richtlinienentwurf deutlich hinter die aus gewerkschaftlicher Sicht in ihn gesetzten Erwartungen zurück. So ist es dringend notwendig, die Berichterstattung hinsichtlich der Arbeitnehmer*innenbelange zu präzisieren. Wir fordern, dass die Geschäftsleitung dazu verpflichtet werden muss, das korrespondierende Gremium der betrieblichen Interessenvertretung hinsichtlich der Nachhaltig-

keitsberichterstattung bereits vor Beendigung des Geschäftsjahres zu konsultieren und im (mitbestimmten) Aufsichtsrat über die diesbezüglichen Ergebnisse zu berichten.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen die Europäischen Institutionen ferner nachdrücklich dazu auf, die Kriterien der Nachhaltigkeitsberichterstattung so detailliert wie möglich in einem demokratischen Prozess zu erarbeiten und diese Kernaufgabe nicht auf die Internationale Standardisierungsorganisation ISO, Beratungsfirmen oder andere private Organisationen zu übertragen, denen es an jeglicher demokratischen Legitimation fehlt.

Gefordert sind die Europäischen Institutionen auch hinsichtlich der Risiken für die Ernährungssicherheit weltweit durch die Unterbrechung globaler Lieferketten im Agrarsektor aufgrund des Krieges in der Ukraine. Die Ukraine, Russland und Belarus sind bedeutende Exportländer für Agrarrohstoffe und Grundnahrungsmittel. In den wichtigsten Importländern in Afrika, dem Nahen Osten und Ostasiens sind Hungerkrisen und Migrationsdruck vorprogrammiert. Der DGB fordert von der Europäischen Union eine Reform ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit, die der kriegsbedingten Verknappung der Grundnahrungsmittel entgegenwirkt.

Die Situation von Arbeitsmigrant*innen in Deutschland verbessern

Nach Schätzungen der ILO gab es 2019 weltweit 169 Millionen Arbeitsmigrant*innen. Häufig wird ihre zumeist unsichere Position bzw. Unkenntnis der Rechtslage von Arbeitgeber*innen ausgenutzt. Die Ausbeutung beginnt jedoch häufig schon bei der Arbeitsvermittlung. Neben staatlichen Arbeitsvermittlungsangeboten spielen zahlreiche private Agenturen oder informelle Kanäle eine große Rolle bei der grenzüberschreitenden Anwerbung und Vermittlung. Auch nach Deutschland werden Arbeits- und Fachkräfte häufig gegen hohe Gebühren und mit falschen oder unklaren Informationen über Arbeitsort, Voraussetzungen für eine Anerkennung der ausländischen Qualifikation, Prozesse zur Erlangung notwendiger Sprachkenntnisse und die Qualität der Arbeitsbedingungen und Unterkunft vermittelt.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die Erhebung privater Arbeitsvermittlungsgebühren für Arbeitsmigrant*innen untersagt und angemessene Regelungen geschaffen werden, die den Schutz der Beschäftigten bei privater Arbeitsvermittlung gewährleisten. Die Bundesregierung muss ihrer weltweiten Verantwortung nachkommen und einen Ratifizierungsprozess des ILO-Übereinkommens 181 vorantreiben. Damit würden auch für Deutschland grundlegende internationale Standards für eine ethisch akzeptable Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften gelten.

Weiterhin setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dafür ein, dass es bei der Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten keine Unterscheidung aufgrund der Nationalität gibt. Arbeitsmigrant*innen müssen zeitnah Möglichkeiten des Spracherwerbes und der gesellschaftlichen Integration angeboten werden. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses darf nicht zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Auch die gewerkschaftliche und politische Organisation muss ihnen möglich sein. Beratung und Unterstützungsstrukturen müssen in einer für die Person verständlichen Sprache angeboten werden. Regeln zur Erwerbsmigration müssen zudem sicherstellen, dass Migrant*innen von Tag eins an den vollen Sozialversicherungsschutz genießen, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten und menschenwürdig untergebracht werden.

Stärkung der ILO und ihrer internationalen Arbeits- und Sozialstandards

Weltweit steigen die Fälle von Bedrohung, Inhaftierung und Ermordung von Gewerkschafter*innen. 2021 war es Gewerkschaften in 109 Ländern nur unter erschwerten Bedingungen möglich, offiziell anerkannt zu werden; 2020 lag die Zahl noch bei 89. Gerade in den Ländern,

in denen Gewerkschaftsarbeit unter schwierigsten Bedingungen erfolgt, ist die Rolle der ILO umso wichtiger. Denn die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und das internationale Arbeitsrecht der ILO stehen im Zentrum menschenwürdiger Arbeit. Die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit und die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sind Menschenrechte und müssen als solche benannt und behandelt werden. Sie in ihrer Bedeutung zu stärken und ihre Durchsetzung international voranzutreiben bleibt oberstes Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Eine wesentliche Herausforderung innerhalb der ILO ist die weiterhin ungelöste Debatte über das internationale Streikrecht, das sich aus den Kernarbeitsnormen 98 und 87 ergibt. Arbeitgeber*innen bestreiten seit Jahren die Existenz eines solchen internationalen Streikrechts und stellen die Aussagen des ILO-Sachverständigenrates diesbezüglich in Frage. Das hat zur Folge, dass entsprechende Bezugnahmen anderer internationaler Organisationen und Gerichtshöfe auf das Streikrecht als Teil der ILO Kernarbeitsnormen schwinden und Gewerkschaften sich nach und nach immer schwieriger darauf berufen können – insbesondere dort, wo nationale Institutionen schwach sind. Dieser Angriff auf das Streikrecht als grundlegendes Mittel des Arbeitskampfes und dessen internationale Durchsetzbarkeit ist für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften nicht hinnehmbar. Gemeinsam mit dem IGB setzt sich der DGB deshalb weiterhin in den Gremien der ILO für die Anerkennung des im Übereinkommen 87 und 98 der ILO verankerten Streikrechts und gegen die Bestrebungen der Arbeitgeber*innen ein, die Existenz dieses Menschenrechts in Frage zu stellen.

Aber die Verteidigung des Status Quo reicht nicht. Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist es, die Kernarbeitsnormen um ein Übereinkommen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz zu erweitern. Gemeinsam mit dem IGB wurde der Prozess in der Jahrhundertklärung der ILO für die Zukunft der Arbeit bereits angestoßen. Nun gilt es, die Krise als wichtigen Bezugspunkt für Arbeits- und Gesundheitsschutz zu nutzen, um die Erweiterung des zentralen Konzeptes der Kernarbeitsnormen so schnell wie möglich umzusetzen.

Um die Rolle der ILO zu stärken, setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiterhin dafür ein, dass neue Standards erarbeitet werden. Die Arbeitswelt und die globale Gemeinschaft sieht sich mit der Digitalisierung und dem Klimawandel großen Veränderungsprozessen gegenüber, die neue internationale, regulatorische Rahmen brauchen. Der DGB wird gemeinsam mit dem IGB neue Standards zu Themen wie Arbeitsschutz, einem gerechten Klimawandel, menschenwürdiger Arbeit in der Plattformökonomie und entlang globaler Lieferketten vorantreiben. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen darüber hinaus das Ziel der ILO, einen internationalen Rahmen für hochwertige Berufsbildung zu erarbeiten. Dieser soll bei der ILO Konferenz 2022 und 2023 erarbeitet werden. Ein wichtiger Mindeststandard ist die Beteiligung der Sozialpartner bei der Ausgestaltung, Implementierung und den Regelungen des Ausbildungssystems. Kriterien für die Struktur moderner Berufsbildung und Standards für die Steuerung des Systems würden zu einer Verbesserung der

Qualifikationen führen, insbesondere in den Ländern, die kein geregeltes Berufsbildungssystem haben. Schließlich trägt eine hochwertige Berufsbildung zur Stärkung des demokratischen Handelns bei.

Weiterhin muss den Entscheidungsgremien der ILO mehr politisches Gewicht eingeräumt werden. Wir fordern deshalb eine Selbstverpflichtung der Europäischen Kommission, die Kommentare des Sachverständigenrates und die Entscheidungen der Normenkontrollorgane

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

der ILO als Referenz für Verstöße gegen ILO-Übereinkommen und damit für Nachhaltigkeitskapitel Europäischer Handelsabkommen anzuerkennen. Bei systematischer Verletzung von Übereinkommen durch einen Handelspartner der EU muss ein Aussetzen des Handelsabkommens erfolgen.

Auf nationaler Ebene setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für weitere Ratifizierungsprozesse von ILO-Übereinkommen ein. Dadurch soll der Schutz der Beschäftigten in Deutschland verbessert bzw. international verankert werden. Gleichzeitig stärkt dies die Bedeutung und Anerkennung der ILO als normensetzende Organisation. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern insbesondere die Ratifizierung folgender Übereinkommen: des C94-Übereinkommens über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Verträgen (öffentliche Vergabe); des C131-Übereinkommens über die Festsetzung von Mindestlöhnen, besonders unter Berücksichtigung der Entwicklungsländer; des C155-Übereinkommens über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt; des C181-Übereinkommens über private Arbeitsvermittler sowie des C190-Übereinkommens über Geschlechtsbasierte Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt.

...“

Beschlüsse zu den Initiativanträgen

Beschluss Initiativantrag I001:

Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten.

Quelle:

<https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++bf1371c2-db4d-11ec-9382-001a4a160123>

Gliederung

- Die russische Regierung muss den Krieg gegen die Ukraine sofort beenden!
- Umfassende humanitäre Hilfe und Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine gewährleisten
- Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern
- Die Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten

Auszug

„...“

Die Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten

...

Wir werden uns in der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte auch schwierigen und kontroversen Fragen stellen müssen, etwa nach den Grenzen und Kriterien für Waffenlieferungen, unseren Anforderungen an einen gesetzlichen Rahmen für die Rüstungsexportkontrolle oder nach unserer Haltung zu zivil-militärischen und friedenssichernden Missionen.

In Deutschland hat der Ukraine-Krieg eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr ausgelöst. Ohne Frage steht die deutsche Bundesregierung in der Verantwortung, einen substantiellen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO und der EU zu leisten. Wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann.

Allerdings fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung zugleich auf,

- nicht an der von ihr angekündigten Absicht festzuhalten, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken. Diese Festlegung sowie eine Verankerung des Zwei-Prozent-Ziels im Grundgesetz lehnt der DGB ab. So notwendig kurzfristige Maßnahmen sind, um die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen, so erforderlich ist eine substantielle politische und gesellschaftliche Debatte, wenn es um Entscheidungen über die langfristige Ausrichtung der deutschen, europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik und die dafür zu schaffenden Voraussetzungen geht. Überdies wird die Frage, wie viele Mittel in welche Instrumente zur Friedenssicherung und zur Verteidigung unserer Demokratie fließen müssen, immer wieder neu zu bewerten sein. Davon abgesehen erwarten wir, dass die Finanzierung der militärischen Friedenssicherung weder zulasten der dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation noch zulasten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats geht.
- den Einsatz zusätzlicher Mittel für die notwendige Ausstattung der Bundeswehr so zu gestalten, dass das Ziel einer Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung in einem umfassenden Sinne erreicht wird, einschließlich zivilmilitärischer Instrumente der Kon-

fliktprävention, etwa der Cyberabwehr. Trotz aller gebotenen Dringlichkeit gilt es, über die Beschaffung von Rüstungsgütern entlang konkreter Defizite und Bedarfe für eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit zu entscheiden. Zudem ist die Behebung der Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr keineswegs ausschließlich eine Frage des Geldes. So würde schon die Beseitigung der gravierenden Mängel im Beschaffungswesen wesentliche Verbesserungen bringen. Eine Orientierung an abstrakten Summen, wie bei dem geplanten Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro, ist daher nicht sinnvoll und wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften kritisch beurteilt. Darüber hinaus müssen die bereits erhöhten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und für die Konfliktprävention künftig mindestens der Dynamik der Ausgaben für Verteidigung folgen, um eine Unwucht in den politischen Zielen und Instrumenten auszuschließen.

- zu dem Ziel einer allgemeinen und weltweit kontrollierten Abrüstung zurückzukehren. Es muss alles getan werden, um die neue Politik militärischer Konfrontation zurück zu drängen und einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf zu verhindern.

Wir treten für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen ein. Wir lehnen die nukleare Teilhabe Deutschlands ab. Wir treten dafür ein, dass die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland endlich beendet wird.

Frieden gibt es nur durch Völkerverständigung und gemeinsame Sicherheit. Es geht um unser aller Zukunft. Nur wenn es uns gelingt, zumindest den Frieden in Europa wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, werden wir die gewaltige Herausforderung bewältigen, vor der wir stehen – den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die erfolgreiche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Gleichzeitig gilt: Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam bewältigen, wenn wir auch künftigen Generationen ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglichen wollen.“

Beschluss Initiativantrag I003:

Für eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur zur Realisierung der Pariser Klimaziele

Quelle:

<https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++d1522946-db4d-11ec-bd9e-001a4a160123>

Text:

„Der wenige Tage nach Beginn des Ukraine-Krieges veröffentlichte IPCC-Bericht 2022 hat in Auswertung aller aktuellen Zahlen ein erschreckendes Bild des aktuellen Zustands der Ökosysteme auf unserem Planeten gezeichnet und nachdrücklich eingefordert, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die nationalen Selbstverpflichtungen des Klimagipfels 2021 in Glasgow erreichen bestenfalls eine Begrenzung der Erderwärmung auf 2,1 Grad. Weltweit müssen jährlich hunderte Milliarden Euro für Klimainvestitionen ausgegeben werden. Die Industrieländer hatten sich 2009 das Ziel gesetzt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Klimaanpassung in den Ländern des globalen Südens zu mobilisieren. Diese Zusagen wurden bislang nur teilweise umgesetzt. Mit dem europäischen „Green Deal“ Projekt setzt sich die Europäische Union das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein. Mit der Verordnung über das Europäische Klimagesetz ist das politische Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, zu einer rechtlichen Verpflichtung geworden.

Die Länder der EU stehen allerdings global nur für 7% aller Treibhausemissionen. Ohne gemeinsame und schnelle globale Maßnahmen für eine nachhaltige ökologische Wende in allen für den CO₂-Ausstoß relevanten Sektoren wird sich das Zeitfenster für eine lebenswerte und überlebensfähige Zukunft bald schließen.

Einseitige Abhängigkeiten müssen schnell abgebaut werden – doch ohne Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen, ohne Rohstoffe, Energieimporte, Produktionsnetzwerke und Absatzmärkte werden Deutschland und die Europäische Union allein den Umbau in eine klimaneutrale Wirtschaft nicht schaffen. Autarkie, Abschottung und dauerhafte Ausgrenzung dürfen keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit sein.

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine droht neben der Vielzahl weiterer aktueller und hybrider Kriege zum Beschleuniger neuer globaler Blockbildungen zu werden, mit der Gefahr des Rückfalls in einen neuen *globalen* kalten wie heißen Krieg.

Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf nicht zulasten der notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft gehen. Schon seit einigen Jahren registrieren die Friedensforschungsinstitute eine neue globale Rüstungs- und Aufrüstungsspirale. Die erforderlichen finanziellen wie materiellen Ressourcen, die neben der konventionellen (Panzer, Flugzeuge, Schiffe) und atomaren Rüstung (mikro- und makroatomare Waffen) auch die KI-gestützten Drohnentechnologien ebenso wie alle Formen der Cyberkriegstechnologien gegen die zivile Infrastrukturen umfassen, übersteigen bereits bei weitem die bislang geplanten Ressourcen für Klimaschutz und Energiewende und gefährden in hohem Maße die globale Realisierung der Pariser Klimaziele.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auch deshalb weiterhin für eine Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie für einen strategischen Dialog mit allen Staaten ein, die über Atomwaffen verfügen, mit dem Ziel Kernwaffen zu reduzieren, deren Weiterverbreitung auszuschließen und den atomaren Ersteinsatz zu

ächten. Zudem müssen neue digitale Militärtechnologien, wie der Einsatz autonomer Waffensysteme, der hybriden Cyberkriegsführung und des Einsatzes weltraumgestützter Waffensysteme, ethisch und rechtlich kritisch geprüft werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich daher für eine erneuerte globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur ein – geleitet von einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der klimapolitische Sicherheitsrisiken, die Risiken wachsender sozialer Ungerechtigkeit, globaler Pandemien und die politischen Risiken autokratischer und autoritärer Regime einbezieht.

Wir unterstützen Initiativen für die Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten und Völkern, damit Länder mit unterschiedlichen Systemen, Kulturen, Religionen und Ideologien gemeinsam an den globalen Herausforderungen unter Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen arbeiten können. Globale und regionale Sicherheitsorganisationen wie die Vereinten Nationen und die OSZE müssen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden.“

DGB-Bundesvorstand

Erklärung zum Antikriegstag am 1. September 2025

Quelle:

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/Erkl%C3%A4rung_des_Deutschen_Gewerkschaftsbundes_zum_Antikriegstag_2025_002_.pdf

„Für eine Politik der Friedensfähigkeit!

Nie wieder Krieg - in Deutschland, Europa und weltweit!“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine Friedens- und Sicherheitsordnung ein, die im Rahmen der Vereinten Nationen multilaterale Konfliktlösungen mit den Mitteln der Diplomatie und wirksamer Krisenprävention ermöglicht. Das Fundament einer solchen Ordnung bildet das völkerrechtliche Gewaltverbot, ergänzt um die Prinzipien der souveränen Gleichheit von Staaten, der Selbstbestimmung der Völker und der freien Bündniswahl, der gegenseitigen Vertrauensbildung, der friedlichen Streitbeilegung und der Achtung der Menschenrechte.

In Verbindung mit dem völkerrechtlich verbürgten Anspruch auf Selbstverteidigung und den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts sind es diese Grundsätze und ihre Durchsetzung, die vor acht Jahrzehnten den Ausschlag für die UN-Gründung gegeben und die vor nunmehr 50 Jahren Eingang in die KSZE-Schlussakte von Helsinki gefunden haben. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind diese Prinzipien als Pfeiler einer regelbasierten internationalen Ordnung unantastbar.

Und doch erleben wir 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erneut, dass immer mehr Länder von Kriegen heimgesucht werden. Noch nie gab es seit 1945 so viele bewaffnete Konflikte wie 2025. Bis Ende des Jahres wird das weltweite Kriegsgeschehen Schätzungen zufolge mehr als 200.000 Todesopfer fordern. 120 Millionen Menschen werden durch Konflikt, Gewalt und Verfolgung gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Besonders betroffen sind Kinder. Jedes sechste Kind kommt mittlerweile aus einem Konfliktgebiet.

Die meisten Kriegstoten haben wir in der Ukraine und im Nahen Osten, vor allem im Gaza-Streifen, zu beklagen. Aber auch außerhalb Europas und seiner Nachbarschaft toben zahllose „vergessene“ Gewaltkonflikte.

Ob Sahel-Zone, Sudan, Horn von Afrika oder Myanmar – über diese und viele andere (Bürger-)Kriegsschauplätze wird in unseren Medien kaum berichtet. Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung sind auch dort allgegenwärtig.

Wir erleben die Wiedergeburt einer verhängnisvollen Denk- und Handlungslogik in den internationalen Beziehungen. Sie setzt nicht mehr auf die Stärke des Völkerrechts, sondern nur noch das Recht des Stärkeren zählt. Wir fallen mehr und mehr zurück in Zeiten, in denen die Durchsetzung der eigenen Interessen mit Waffengewalt und militärische Aggression als legitimes Mittel der Politik betrachtet wird. Maßgeblichen Anteil an dieser bedrohlichen Entwicklung hat die Großmachtkonkurrenz zwischen den USA, China und Russland. In ihrem Ringen um geopolitischen und geoökonomischen Einfluss forcieren sie eine Politik der Konfrontation und Blockbildung.

Für die Europäerinnen und Europäer stellt sich zusätzlich die Herausforderung, dass auf das Schutzbündnis mit den USA kein Verlass mehr ist. Auch die Europäische Union und die europäischen NATO-Staaten laufen deshalb immer stärker Gefahr, zum Spielball rivalisierender Großmachtinteressen zu werden.

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen deshalb durchaus die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die dafür auf dem NATO-Gipfel in Den Haag beschlossene, horrende Erhöhung der Rüstungsausgaben auf fünf Prozent des BIP betrachten wir allerdings als willkürlich und bewerten sie äußerst kritisch.

Diese vor allem auf Druck der USA festgelegte Zielgröße bedeutet zusätzliche Rüstungsausgaben in fast unvorstellbarer Höhe. Sie würden knapp der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts entsprechen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung anlässlich des bevorstehenden Antikriegstages am 1. September dazu auf,

- sicherzustellen, dass zusätzliche Rüstungsausgaben nicht zu Lasten des Sozialhaushalts, der Ausgaben für Bildung und Forschung und von Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur gehen.
- sich bei der Festlegung zusätzlich notwendiger Verteidigungsausgaben nicht dauerhaft an der abstrakten, sachlich unbegründeten und völlig überhöhten NATO-Zielvorgabe von fünf Prozent des BIP zu orientieren. Stattdessen muss sich jede Ausgabensteigerung an den tatsächlich bestehenden Ausrüstungs- und Kapazitätsbedarfen bemessen. Zu rechtfertigen sind zusätzliche Rüstungsausgaben nur in dem Umfang, der die Bundeswehr wirklich dazu befähigt, ihren grundgesetzlichen Auftrag zur Landesverteidigung und ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.
- ihren nun eingeschlagenen sicherheitspolitischen Kurs grundlegend zu korrigieren. Die Bundesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die sich immer schneller drehende Aufrüstungsspirale endlich gestoppt wird. Statt einseitig auf militärische Abschreckung zu setzen, müssen diplomatische Initiativen zur Aufrechterhaltung und Wiederbelebung der multilateralen Ordnung wieder viel stärker in den strategischen Mittelpunkt rücken. Kontraproduktiv sind in diesem Zusammenhang die von der Bundesregierung geplanten massiven Haushaltskürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der humanitären Hilfe. Sie müssen dringend rückgängig gemacht werden.

Dabei geht es auch darum, durch Deutschlands Beitrag Europas eigenständige Rolle als internationale Friedensmacht zu stärken – eine Friedensmacht, die sich geschlossen für eine Politik der Gewaltfreiheit und globale Kooperation einsetzt, aktiv Ansätze zur diplomatischen Konfliktlösung vorantreibt und neue Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Rüstungsexportkontrollinitiativen auf den Weg bringt.

Wir brauchen in Europa ein klares gemeinsames Bekenntnis, worum es uns bei der Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit eigentlich geht – nämlich um die Verteidigung unserer liberalen Demokratie und unseres Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Nach außen müssen wir dieses gemeinsame Modell nicht nur gegen die unmittelbare militärische Bedrohung durch Russland verteidigen, sondern auch gegen den autokratischen Staatskapitalismus Chinas und den Big-Tech-Radikalkapitalismus US-amerikanischer Prägung behaupten. Nach innen müssen wir unsere Demokratie schützen vor dem wiedererstarkenden Nationalismus und Rechtsextremismus.

Das Vertrauen in unsere Demokratie und in unser Wirtschafts- und Sozialmodell hängt maßgeblich ab von starken sozialen Sicherungssystemen, von einer gut ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge, von einem leistungsfähigen Bildungssystem und von einem aktiv gestaltenden Staat, der massiv in die Zukunft investiert. All das macht wesentliche Elemente unse-

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

res Modells der Sozialen Marktwirtschaft aus, das im internationalen Systemwettbewerb zugleich unser größter Standortvorteil ist.

Rüstungsausgaben in einer Höhe, die massiv auf Kosten der öffentlichen Finanzierung all dieser (sozial-)staatlichen Aufgaben gehen, stärken nicht unsere Verteidigungsfähigkeit, sondern bewirken das Gegenteil: Sie erhöhen die Angreifbarkeit unserer Demokratie von außen und innen.

Es ist höchste Zeit für eine Rückbesinnung auf die Werte der Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki!
Friedensfähig zu sein ist das Gebot der Stunde!

Links

DGB und 22. Kongress allgemein

- **DGB-Startseite:** <https://www.dgb.de/>
- **zum 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongress:**
 - o Startseite: <https://bundeskongress.dgb.de/>
 - o Programm: <https://bundeskongress.dgb.de/programm>
 - o Wahlen: <https://bundeskongress.dgb.de/wahlen>
 - o Beschlüsse: s.u.
 - o Meldungen: <https://bundeskongress.dgb.de/meldungen>

Beschlüsse des 22. Ordentlichen Bundeskongresses

Beschlüsse zu Sachgebiet A: Demokratischer und wirtschaftlicher Aufbruch – Gewerkschaften gestalten Zukunft

[Beschluss Antrag A001 \(PDF, 128 kB\):](#)

Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft

[Beschluss Antrag A002 \(PDF, 119 kB\):](#)

WANDEL IST WEIBLICH – Die Geschlechterperspektive in der Transformation verankern!

[Beschluss Antrag A004 \(PDF, 38 kB\):](#)

Rollenstereotype sichtbar machen und wirksam bekämpfen!

[Beschluss Antrag A005 \(PDF, 34 kB\):](#)

Rechtsextremismus bekämpfen. Demokratie verteidigen. Für ein Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen

Beschlüsse zu Sachgebiet B: Arbeit der Zukunft gerecht gestalten – Sozialstaat stärken

[Beschluss Antrag B001 \(PDF, 99 kB\):](#)

Arbeit der Zukunft gestalten – Sozialstaat stärken

[Beschluss Antrag B003 \(PDF, 48 kB\):](#)

Sorge- und Hausarbeit umverteilen – Partnerschaftlichkeit stärken!

[Beschluss Antrag B004 \(PDF, 123 kB\):](#)

Tarifbindung und Mitbestimmung stärken

[Beschluss Antrag B005 \(PDF, 129 kB\):](#)

Bildung neu gestalten - Forderungen für eine Bildungsoffensive

[Beschluss Antrag B006 \(PDF, 56 kB\):](#)

PRESS START für Auszubildende

[Beschluss Antrag B007 \(PDF, 43 kB\):](#)

Duales Studium besser machen!

[Beschluss Antrag B010 \(PDF, 105 kB\):](#)

Sicherheit im Wandel garantieren, solidarischen Sozialstaat weiterentwickeln

[Beschluss Antrag B016 \(PDF, 30 kB\):](#)

Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten der Pandemie im Kontext von möglichen Corona-Spätfolgen

[Beschluss Antrag B018 \(PDF, 29 kB\):](#)

Renten- und Versorgungsleistungen im Bundesrecht

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

[Beschluss Antrag B019 \(PDF, 27 kB\):](#)

Ausreichende Leistungen für die Wohnkosten von Transferbezieher*innen

[Beschluss Antrag B020 \(PDF, 116 kB\):](#)

Beschäftigte schützen, Rechte von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften verbessern

[Beschluss Antrag B021 \(PDF, 27 kB\):](#)

Schutz vor Diskriminierung ausbauen - Gleichbehandlung im Grundgesetz

[Beschluss Antrag B022 \(PDF, 58 kB\):](#)

Sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz in Arbeitsschutz integrieren!

[Beschluss Antrag B023 \(PDF, 39 kB\):](#)

Die Qualität der Unterbringung von grenzüberschreitend mobilen Beschäftigten verbessern und die Kosten deckeln

[Beschluss Antrag B025 \(PDF, 30 kB\):](#)

Beweislastumkehr bei der Anerkennung von Berufskrankheiten durch die Berufsgenossenschaft

[Beschluss: Antrag B027 \(PDF, 85 kB\):](#)

Die Lebenssituation älterer Menschen verbessern

Beschlüsse zu Sachgebiet C: Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

[Beschluss Antrag C001 \(PDF, 114 kB\):](#)

Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

[Beschluss Antrag C003 \(PDF, 32 kB\):](#)

Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Sanierung der ostdeutschen Bundesländer fortschreiben.

[Beschluss Antrag C004 \(PDF, 33 kB\):](#)

Mensch vor Marge: Dem Vorgehen aggressiver Finanzinvestoren gegenüber Unternehmen und Beschäftigten Grenzen setzen

[Beschluss Antrag C005 \(PDF, 115 kB\):](#)

Handlungsfähiger Staat, starke Kommunen

[Beschluss Antrag C008 \(PDF, 143 kB\):](#)

Die sozial-ökologische Transformation nachhaltig gestalten

[Beschluss Antrag C009 \(PDF, 32 kB\):](#)

Braunkohleausstieg zu forcieren, bedeutet auch, vorausschauende Strukturpolitik in den Revieren zu forcieren

Beschlüsse zu Sachgebiet D: Soziales Europa und faire Globalisierung

[Beschluss Antrag D001 \(PDF, 93 kB\):](#)

Solidarisch zusammenstehen: Für ein soziales Europa als Motor für eine faire Globalisierung

[Beschluss Antrag D002 \(PDF, 93 kB\):](#)

Soziale Rechte in Europa stärken

[Beschluss Antrag D003 \(PDF, 49 kB\):](#)

Für ein Europa der Zukunft – sozial, demokratisch

[Beschluss Antrag D004 \(PDF, 111 kB\):](#)

Globalisierung menschenwürdig und fair gestalten

Beschlüsse zu Sachgebiet E: Weitere Politikfelder

[Beschluss Antrag E001 \(PDF, 35 kB\):](#)

Häusliche Gewalt bekämpfen!

Gewerkschaftliche Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung, ...
hier: Deutscher Gewerkschaftsbund

[Beschluss Antrag E002 \(PDF, 34 kB\):](#)

Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren!

Anträge Sachgebiet F: Organisationspolitik

[Beschluss Antrag F001 \(PDF, 46 kB\):](#)

Frauen im DGB stärken!

[Beschluss Antrag F002 \(PDF, 26 kB\):](#)

Wahl des Vorsitzes ehrenamtlicher Kreis- und Stadtvorstände auch als Doppelspitze (w/m)

Beschlüsse zu Sachgebiet S: Satzungsanträge

[Beschluss Antrag S001 \(PDF, 30 kB\):](#)

Digitale Organ- und Gremienarbeit im DGB dauerhaft ermöglichen

[Beschluss Antrag S002 \(PDF, 36 kB\):](#)

Redaktionelle Klarstellungen in der DGB-Satzung

Beschlüsse zu den Initiativanträgen

[Beschluss Initiativantrag I001 \(PDF, 85 kB\) :](#)

Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten.

[Beschluss Antrag I002 \(PDF, 27 kB\) :](#)

Entlastungspaket für alle – Energiepreispauschale für Beschäftigte, Rentner:innen und Studierende

[Beschluss Antrag I003 \(PDF, 39 kB\) :](#)

Für eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur zur Realisierung der Pariser Klimaziele

[Beschluss Antrag I004 \(PDF, 37 kB\) :](#)

Solidaritätserklärung des 22. DGB-Bundeskongresses mit den Streikenden in der Sozialen Arbeit.

[Beschluss Antrag I005 \(PDF, 32 kB\) :](#)

Solidaritätserklärung des 22. DGB-Bundeskongresses mit den Streikenden der nordrheinwestfälischen Universitätskliniken